



SEITE 2
Bessere Versorgung und kürzere Wartezeiten

SEITE 3
Prävention: Gesundheit fördern, Krankheiten vorbeugen



SEITE 4/5
SPD-Fraktionsvize Karl Lauterbach im Interview

SEITE 6
Betriebs- und Personalrätekonferenz der SPD-Fraktion



SEITE 7
Lothar Schröder (ver.di) über die Digitalisierung im Dienstleistungssektor

SEITE 8
Koalition entlastet Familien und Alleinerziehende

GUTE ARBEIT



SPD
BUNDESTAGS
FRAKTION

Ausgabe 4/2015

Auch in Zukunft gut versorgt

Die SPD-Fraktion stellt wichtige Weichen für eine bessere medizinische Versorgung.

Die Deutschen werden immer älter. Was häufig als Problem dargestellt wird, ist eigentlich positiv. Der medizinische Fortschritt sorgt dafür, dass Menschen heute auch jenseits der 70 noch fit sind. Umso wichtiger ist es allerdings, dass auch alle medizinisch versorgt werden können.

Die SPD-Bundestagsfraktion will, dass alle Menschen unabhängig von ihrem Einkommen, Wohnort oder Alter eine optimale medizinische Versorgung bekommen. Alle sollen am medizinischen Fortschritt teilhaben. Mit mehreren Maßnahmen haben die Sozialdemokraten im Bundestag jetzt dafür gesorgt, dass unser Gesundheitssystem auch in Zukunft diesem Anspruch gerecht wird. Zentral dabei sind zwei Punkte: eine flächendeckende medizinische Versorgung und eine bessere Vorsorge.



Schneller zum Facharzt: Künftig erhalten gesetzlich Versicherte innerhalb von vier Wochen einen Termin.

Ungleiche Verteilung von Ärzten

Derzeit gibt es in Deutschland mehr ambulant tätige Ärzte und Ärztinnen als je zuvor. Allerdings sind sie ungleich verteilt. In den großen Städten und Ballungsgebieten gibt es eine Überversorgung, in vielen ländlichen Regionen sind es zu wenig. Mit dem Versorgungsstärkungsgesetz sorgt die Koalition jetzt dafür, dass sich künftig mehr Ärzte auch in ländlichen oder strukturschwachen Gebieten niederlassen. Überversorgungen sollen abgebaut werden. Zudem bekommen gesetzlich Versicherte künftig schneller als bisher – innerhalb von vier Wochen – einen Termin beim Facharzt. Das Gesetz verdiene seinen Namen, sagt die gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion Hilde Mattheis. „Es verbessert Versorgungs-

strukturen, stärkt Patientenrechte und unterstützt Innovationen.“

Prävention zahlt sich aus

Neben einer guten medizinischen Versorgung sind die Themen Vorsorge und Gesundheitsförderung elementar für eine älter werdende Gesellschaft. Sie müssen so früh wie möglich im Lebensverlauf der Patientinnen und Patienten beginnen und im Alltag der Menschen verankert werden. Prävention zahlt sich immer aus, sowohl für die Patienten als auch für das Gesundheitssystem. Mit einem Gesetz stärkt die Koalition die Gesundheitsvorsorge in Kitas, Schulen, Pflegeheimen oder am Arbeitsplatz – um Krankheiten zu verhindern, bevor sie entstehen. Die Krankenkassen werden die Ausgaben für Gesundheitsförderung und Vor-

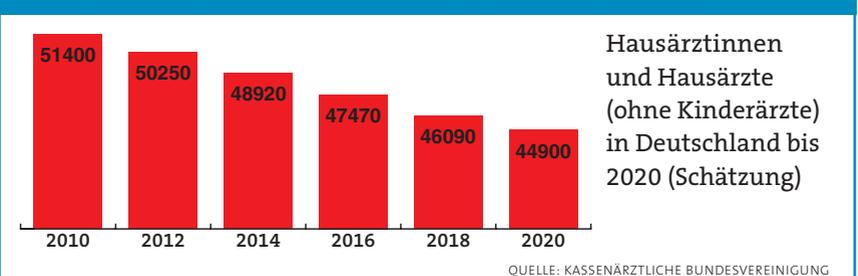
sorge deutlich erhöhen. Außerdem sollen sie Betriebe bei der Gesundheitsförderung unterstützen, damit auch am Arbeitsplatz die Gesundheit erhalten bleibt.

Zudem hat sich die Große Koalition das Ziel gesetzt, das Angebot an Hospiz- und Palliativversorgung in ganz Deutschland flächendeckend auszubauen. In der Palliativmedizin geht es

darum, schwerkranken Menschen mit unheilbaren Krankheiten die bestmögliche Betreuung zu ermöglichen. Im Mittelpunkt dabei steht die Schmerzlinderung. Das geplante Gesetz zur Verbesserung der Hospiz- und Palliativversorgung wird die Situation von diesen Patienten verbessern. ■

Mehr dazu auf den Seiten 2 und 3

Zahl der Hausärztinnen und Hausärzte sinkt



Meldungen

Mehr Unterstützung am Lebensende

Schwerkranke und sterbende Menschen benötigen in ihrer letzten Lebensphase die bestmögliche menschliche Zuwendung und Versorgung. Die Palliativmedizin verfolgt einen ganzheitlichen Ansatz der Pflege und Betreuung von schwerkranken Menschen, die nicht mehr geheilt werden können und deren Lebensende bevorsteht. In den letzten Jahren sind beim Auf- und Ausbau der Hospiz- und Palliativversorgung bereits Fortschritte erzielt worden. Insbesondere in strukturschwachen und ländlichen Regionen fehlt es jedoch noch an ausreichenden Angeboten.

Der Bundestag hat deshalb jetzt einen Entwurf für ein Hospiz- und Palliativgesetz beraten, das die Palliativmedizin stärken und die Versorgung von Patientinnen und Patienten mit schweren, unheilbaren Krankheiten verbessern soll. Schwerpunkte des Gesetzes sind die finanzielle Stärkung der Hospize, der Rechtsanspruch auf Beratung und die Möglichkeit, unterschiedliche Angebote der Hospiz- und Palliativversorgung zu vernetzen. Sterbebegleitung, Pflege und ärztliche Versorgung werden besser miteinander verknüpft. ■

www.spdfraktion.de

Versorgung verbessern, Wartezeiten verkürzen

Die Koalition stärkt die flächendeckende medizinische Versorgung und schafft konkrete Verbesserungen für gesetzlich Versicherte.

Lange Fahrtzeiten, noch längere Wartezeiten, und die nächste Facharztpraxis ist nicht in Reichweite – um die medizinische Versorgung auf dem Land ist es teilweise nicht gut bestellt.

Zwar gibt es in Deutschland eigentlich keinen Ärztemangel, allerdings sind Arztpraxen ungleich verteilt: In ländlichen und benachteiligten Regionen gibt es zu wenig, in Städten und Ballungsräumen oft zu viele. Mit dem Anfang Juni beschlossenen Versorgungsstärkungsgesetz will die Koalition das ändern.

Um die Versorgung auf dem Land zu verbessern, erhalten Ärzte künftig zusätzliche finanzielle Anreize, wenn sie sich in unterversorgten Regionen niederlassen. In gut versorgten Gebieten sollen Praxen hingegen nur nachbesetzt werden, wenn es für die Versorgung der Patienten auch sinnvoll ist. Grundlage dafür ist eine neue Bedarfsplanung zur ärztlichen Versorgung. Künftig soll nicht mehr die Relation von Einwohnerzahl pro Arzt ausschlaggebend sein, sondern der tatsächliche Versorgungsbedarf. „Es geht darum, die Lebenssituation der Menschen zu erfassen und auch den demografischen Wandel oder soziale Strukturen mit einzubeziehen“, sagt die gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion Hilde Mattheis.



Mehr Ärzte, weniger Wartezeit: Vor allem im ländlichen Raum wird die medizinische Versorgung künftig besser.

Abbau der Zweiklassenmedizin

Das Gesetz bringt für gesetzlich Versicherte konkrete Verbesserungen. Die Wichtigste: Künftig erhalten sie innerhalb von vier Wochen einen Termin beim Facharzt. Sollte das nicht möglich sein, vermitteln Servicestellen der Kassenärztlichen Vereinigungen einen ambulanten Termin im nächsten Krankenhaus. „Wenn gesetzlich Versicherte jetzt innerhalb von vier Wochen einen Termin bekommen, ist das ein wichtiger Schritt zum Abbau der Zweiklassen-

senmedizin“, sagt SPD-Fraktionsvize Karl Lauterbach. Daneben haben Patienten in Zukunft einen Anspruch auf eine ärztliche Zweitmeinung, was sie vor nicht notwendigen Operationen schützen soll. Außerdem verbessert das Gesetz die medizinische Versorgung nach einem Krankenhausaufenthalt. Patienten werden bei ihrer Entlassung mit notwendigen Medikamenten, einer Krankschreibung oder der Fortsetzung einer Heilmittelversorgung für die ersten Tage versorgt. ■

In Würde sterben: Sterbehilfe darf kein Geschäft sein



Der Bundestag hat am 2. Juli seine Beratung über das Thema Sterbehilfe fortgesetzt und über vier Gesetzentwürfe aus den Reihen der Abgeordneten diskutiert. Der Bundestag wird im Herbst ohne die sonst übliche Fraktionsdisziplin darüber abstimmen.

Derzeit ist in Deutschland die aktive Sterbehilfe als „Tötung auf Verlangen“ strafbar, die Beihilfe zum Suizid hinge-

gen straflos. Das Problem: Vor allem viele Ärzte bewegen sich dabei in einer Grauzone, weil sie in zehn von 17 Ärztekammerbezirken durch das Berufsrecht verboten ist. Die Gesetzentwürfe machen Vorschläge, wie die Beihilfe zum Suizid künftig rechtlich gehandhabt werden kann. Gemeinsam haben sie, dass sie allesamt die kommerzielle Suizidbeihilfe ablehnen.

Der liberalste Entwurf kommt von den Abgeordneten Renate Künast (Grüne) und Petra Sitte (Die Linke). Sie lehnen strafrechtliche Verbote ab und möchten es auch Vereinen erlauben, Suizidbeihilfe zu leisten, wenn sie keine kommerziellen Interessen verfolgen. Die Suizidbeihilfe soll demnach eine ärztliche Aufgabe sein

können und den Ärzten nicht unter-sagt werden dürfen.

Demgegenüber steht mit dem Entwurf der CDU-Abgeordneten Patrick Sensburg und Thomas Dörfinger der strengste Ansatz: Sie wollen die Suizid-assistenz generell unter Strafe stellen. Damit würde allen, die regelmäßig Suizidbeihilfe leisten – also auch Ärzten – das Gefängnis drohen. Nur in „extremen Einzelsituationen, bei denen zum Beispiel keine Schmerztherapie hilft und großes Leiden besteht“, soll von einer Bestrafung abgesehen werden.

Einen Weg der Mitte zwischen völliger Freigabe und der völligen Strafbarkeit schlägt eine Gruppe von Abgeordneten um Kerstin Griese und Eva Högl

(beide SPD) vor. Sie wollen jede Form der geschäftsmäßigen (regelmäßigen) Suizidbeihilfe unter Strafe stellen. Bei Angehörigen und anderen nahe stehenden Personen, zu denen auch behandelnde Ärzte gehören können, soll eine Suizidbeihilfe aber explizit straf-frei bleiben.

Mehr Rechtssicherheit für Ärzte wollen die Abgeordneten Carola Reimann, Karl Lauterbach (beide SPD) und Peter Hinze (CDU) schaffen. Sie wollen Ärzten die Suizidbeihilfe zivilrechtlich ausdrücklich erlauben. Bedingung dafür soll eine unheilbare Krankheit mit schweren Leiden sein, der Patient muss volljährig und einwilligungsfähig sein, und ein zweiter Arzt muss die Entscheidung bestätigen. ■

Gesundheit fördern, Krankheiten vorbeugen

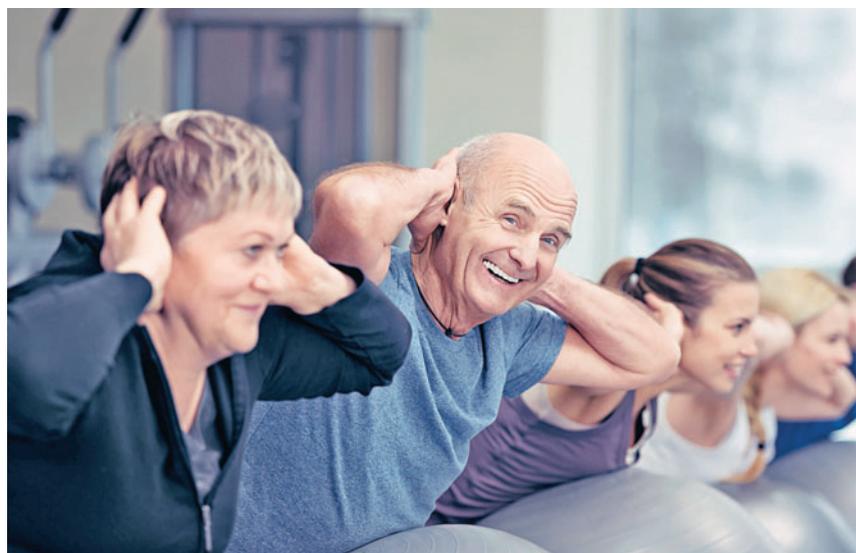
Prävention und Gesundheitsförderung werden ausgebaut – das ist auch gut für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

In einer alternden Gesellschaft sind Gesundheitsförderung und Prävention wichtiger denn je. Seit langem setzt sich die SPD-Bundestagsfraktion in diesen Bereichen für Verbesserungen ein. Jetzt hat der Bundestag ein entsprechendes Gesetz beschlossen. Das Ziel ist es, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die Menschen in allen Lebensphasen und bis ins hohe Alter gesund und fit bleiben.

Je früher desto besser

Klar ist: Je früher im Leben mit der Gesundheitsförderung und Prävention begonnen wird, desto eher können Risikofaktoren wie mangelnde Bewegung, Übergewicht oder chronische Stressbelastungen beeinflusst werden. Kinder, die viel Sport machen, bekommen zum Beispiel als Erwachsene seltener Bluthochdruck und haben damit ein wesentlich geringeres Schlaganfallrisiko. Deshalb ist es besonders wichtig, Familien in ihrer Gesundheitskompetenz zu stärken und ein gesundes Aufwachsen der Kinder zu fördern.

Mit dem Gesetz verdoppelt die Koalition die Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung zur Prävention



Egal in welchem Alter: Prävention und Gesundheitsförderung zahlen sich aus.

und Gesundheitsförderung. Insgesamt stehen ab 2016 mehr als 500 Millionen Euro zur Verfügung. „Es ist eine Pflicht, dass mehr in gesundheitliche Prävention investiert wird, und zwar für Kinder, Erwachsene und ältere Menschen“, sagt SPD-Fraktionsvize Karl Lauterbach.

Gesundheitsförderung im Betrieb

Das Gesetz werde dazu beitragen, ungleiche Gesundheitschancen in der Gesellschaft zu verhindern, sagt die Patientenbeauftragte der SPD-Fraktion Helga Kühn-Mengel. „Wir gehen auf die Menschen zu. Wir gehen in ihre Lebenswelten: in Kitas, Schulen, Betriebe, in Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen und in Pflegeeinrichtungen, um die Gesundheitsförderung zu stärken.“

Ein Schwerpunkt liegt dabei auf der Gesundheitsförderung im Betrieb. Vor allem kleine und mittlere Unternehmen sollen von dem Gesetz profitieren. Gesundheitsfördernde Strukturen, eine bessere Beratung und Unterstützung durch die Krankenkassen sowie eine engere Verknüpfung mit dem Arbeitsschutz werden dazu führen, dass deutlich mehr Unternehmen mit Maßnahmen zur betrieblichen Gesundheitsförderung erreicht werden.

Außerdem werden die Präventionsleistungen in anerkannten Kurorten verbessert. So sind Erleichterungen für Versicherte mit besonderen beruflichen und familiären Belastungen vorgesehen: Beschäftigte in Schichtarbeit oder pflegende Angehörige sollen Präventionsangebote leichter in Anspruch nehmen können. ■

Gesunde Ernährung fördern

Mit einem gemeinsamen Antrag haben die Koalitionsfraktionen die Bundesregierung aufgefordert, gegen den Anstieg ernährungsbedingter Erkrankungen vorzugehen.

„Unabhängig von Herkunft, Bildung und Einkommen müssen sich alle Menschen gesund und ausgewogen ernähren können“, sagt dazu die stellvertretende Sprecherin für Ernährung und Landwirtschaft der SPD-Fraktion Elvira Drobinski-Weiß. Ausgewogene Ernährung sei Teil eines gesunden Lebensstils. Der Antrag der Koalitionsfraktionen plädiert unter anderem dafür, dass

die Qualitätsstandards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung e.V. (DGE) für die Kita- und Schulverpflegung, in öffentlichen Kantinen sowie in Pflegeheimen und Krankenhäusern eingeführt werden.

Die Große Koalition will damit zu einem gesunden Lebensstil motivieren, positive Anreize geben und darauf hinwirken, dass vor allem in Kindertagesstätten und Schulen alle Kinder und Jugendlichen unabhängig von der finanziellen Situation ihrer Eltern an einer gesunden und ausgewogenen Verpflegung teilhaben können. ■

Editorial



Thomas Oppermann, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion.

Liebe Leserinnen und Leser, viele Jahre hat die SPD gemeinsam mit den Gewerkschaften für eine faire und gesetzlich garantierte Bezahlung auf dem Arbeitsmarkt gekämpft. Mit Erfolg: Seit dem 1. Januar gilt der flächendeckende Mindestlohn von 8,50 Euro. Die Schmähungen, die seine Einführung begleiteten, sind indes in den vergangenen sechs Monaten ins Leere gelaufen. Im Gegenteil zeigt sich der deutsche Arbeitsmarkt ungebrochen stark, von einem prognostizierten Einbruch durch den Mindestlohn kann keine Rede sein. Dort, wo nach seiner Einführung Probleme aufgetaucht sind, konnten diese rasch und unbürokratisch behoben werden. Das Beispiel Ehrenamt macht dies deutlich. Insbesondere die Dokumentationspflichten sind beim Mindestlohn nach wie vor Gegenstand der Kritik. Für uns ist aber unmissverständlich klar, dass es ohne Kontrollen nicht geht. Nur wenn die Umsetzung eines Gesetzes kontrollierbar ist, kann es auch wirksam sein. Gleichzeitig ist es ein Gebot der Fairness – für Arbeitnehmer und die Unternehmen. Gibt es keine wirksamen Kontrollen, profitieren all jene, die sich auf Kosten der Gemeinschaft nicht an die Regeln halten. Nach dem Mindestlohn haben wir mit dem Gesetz zur Tarifeinheit einen weiteren wichtigen Schritt zur Stärkung der Tarifautonomie in Deutschland getan. Damit unterstützen wir die Sozialpartner bei ihrer Verantwortung, für einen fairen Ausgleich zwischen den Interessen von Beschäftigten und Arbeitgebern zu sorgen. Mit der Tarifeinheit wirken wir einer Zersplitterung der Arbeitnehmervertretungen entgegen und schützen gleichzeitig die Belange kleinerer Gewerkschaften. Die beiden Beispiele zeigen: 2015 ist ein gutes Jahr für gute Arbeit. Die SPD setzt sich für klare Regelungen am Arbeitsmarkt ein. Das ist gut für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, schafft aber auch Klarheit und Planbarkeit für die Wirtschaft. ■

Bilanz



Die SPD-Bundestagsfraktion prägt seit anderthalb Jahren die Politik in unserem Land. Die Broschüre „Gesagt, getan, gerecht“ informiert über die bisherige Arbeit der SPD-Fraktion in der Großen Koalition – und gibt einen Ausblick auf kommende Vorhaben.

Auf www.spdfraktion.de können alle Interessierten die Broschüre bestellen oder gleich online lesen. ■



»Prävention muss dort stattfinden, wo die Menschen arbeiten und leben«

Reformen in der Gesundheitspolitik spüren die Menschen unmittelbar, sagt Karl Lauterbach. Im Interview erklärt der SPD-Fraktionsvize, welche Verbesserungen jetzt kommen und warum er sicher ist, dass es die Bürgerversicherung am Ende geben wird.

Um die Gesundheitspolitik ist es in der Legislaturperiode bisher relativ still, im Mittelpunkt stehen andere Themen. Welchen Stellenwert hat das Thema Gesundheit in der Großen Koalition?

Natürlich stehen Themen wie die Eurokrise oder der Ukraine-Konflikt in den Medien derzeit im Vordergrund. Das Thema Gesundheit aber ist vor allem für die Menschen von sehr großer Bedeutung. Denn anders als zum Beispiel Veränderungen beim Zinsniveau spüren Menschen Veränderungen in der Gesundheitspolitik unmittelbar. Viele haben pflegebedürftige Eltern, Angehörige, die an Krebs leiden, oder sind selbst davon betroffen.

„Alle Reformen sind für die Menschen direkt spürbar“

Von daher sind alle Reformen in der Gesundheitspolitik für sehr viele Menschen direkt spürbar und haben natürlich auch großen Einfluss darauf, wie die Koalition erlebt und wahrgenommen wird. Das gilt auch für die vielen Beschäftigten im Gesundheitssektor, der zu den größten Beschäftigungssektoren gehört.

Jahrelang standen sich die Konzepte der Bürgerversicherung und der Kopfpauschale unvereinbar gegenüber. Wie läuft die Zusammenarbeit jetzt in der Koalition?

Wir haben diesen Konflikt schlicht und ergreifend ausgeklammert, weil wir da nach wie vor vollkommen unterschiedlicher Meinung sind. Die SPD-Fraktion steht für die Bürgerversicherung und für die Parität im Gesundheitssystem, die Union möchte an der Trennung zwischen privater und gesetzlicher Krankenversicherung festhalten und ist gegen die Parität. Trotzdem arbeiten wir aber an konkreten Gesetzen der Versorgungsqualität und kommen auf diesem Weg gut voran,

„Die SPD-Fraktion steht für die Bürgerversicherung und für die Parität“

wie die Verabschiedung des Versorgungsstärkungsgesetzes zeigt.

Was bedeutet das Gesetz konkret für die Patienten?

Das Gesetz schafft für die gesetzlich Versicherten eine bessere Versorgung, vor allem bei den Haus- und Fachärzten. Künftig wird es leichter, auch im ländlichen Raum noch einen Hausarzt zu finden. Außerdem vermitteln die Servicestellen der Kassenärztlichen Vereinigungen innerhalb von vier Wochen einen Facharzttermin. Das sind konkrete Verbesserungen für gesetzlich Versicherte.

Das große Problem bei der Versorgung ist das Ungleichgewicht der Verteilung. In Ballungsräumen gibt es oft zu viele Ärzte, in der Provinz zu wenig. Wie hilft das Gesetz hier weiter?

Dort, wo es viele Kassensitze gibt und ein Sitz nach Erreichen der Altersgrenze frei wird, kann dieser Sitz in Zukunft nur in einer unterversorgten Region nachbesetzt werden. Wir verschieben also die Hausarztssitze in die unterversorgten Regionen. Außerdem schaffen wir Anreize für Ärzte, in diese Regionen zu gehen. Zum Beispiel kann sich jemand, der fünf Jahre in einer solchen Region gearbeitet hat, anschließend auch in anderen Regionen niederlassen. Hinzu kommt, dass wir grundsätzlich mehr für die Ausbildung von Hausärzten tun. Wir haben ein Ausbildungsprogramm für Hausärzte beschlossen, mit dem 7.500 neue Hausärzte ausgebildet werden.

„Wir schaffen konkrete Verbesserungen für gesetzlich Versicherte“

Sie haben im Bundestag gesagt, es sei eine Pflicht, mehr in Prävention und Gesundheitsförderung zu investieren. Warum ist das so wichtig?

Weil uns in Deutschland die sogenannten Zivilisationskrankheiten nach wie vor fest im Griff haben. Wir haben sehr viele Menschen, die schon in mittlerer Lebensphase chronisch krank sind; es ist uns bisher leider nicht im notwendigen Maße gelungen, das Rauchen oder das Übergewicht zu bekämpfen; Bewegungsmangel ist heute schon bei Kindern weit verbreitet, Rückenschmerzen in der Belegschaft ebenso.

Wie hilft hier das beschlossene Präventionsgesetz?

Mit dem Gesetz wirken wir dem entgegen. Wir verbessern die Prävention in Schulen, Kitas, und den Betrieben. Es ist keine Prävention, die beim Arzt stattfindet, sondern dort, wo die Menschen arbeiten und leben.

„Zivilisationskrankheiten haben Deutschland fest im Griff“

Wie sieht das in der Praxis aus?

Zum Beispiel werden Menschen mit Rückenbeschwerden direkt im Betrieb geschult, und ihnen wird gezeigt, wie sie am Arbeitsplatz diesen Beschwerden vorbeugen können. Zur Vermeidung von Übergewicht von Kindern spielen der Schulsport und die Sportvereine eine zentrale Rolle, außerdem werden wir Initiativen für gesunde

Ernährung stärken. Wichtig ist dabei: Diese Maßnahmen werden nicht zentral aus Berlin geplant, sondern es geht um kommunale Initiativen, die von den gesetzlichen Krankenkassen unterstützt werden.

Mit einem weiteren geplanten Gesetz soll die Krankenhausversorgung sichergestellt werden. Worum geht es dabei?

Wir wollen bei den Krankenhäusern weg vom ruinösen Preiswettbewerb hin zu einem Qualitätswettbewerb. Wettbewerb, bei dem es darum geht, eine Krankenhausbehandlung so billig wie möglich durchzuführen, um als Krankenhaus überleben zu können, ist unsinnig. Gute Qualität muss sich rechnen. In Zukunft wird besonders gute Qualität auch besonders belohnt.

Wie lässt sich denn die Qualität von Krankenhäusern messen?

Diese Qualität wird heute schon gemessen. Dabei geht es zum Beispiel um Fragen, wie oft sich nach der Implantation eines Hüftgelenkes das Gelenk

„Gute Qualität bei Krankenhäusern wollen wir besonders belohnen“

frühzeitig lockert oder wie oft es nach Operationen zu Infektionen kommt. Es gibt schon heute für zahlreiche Ein-

„Wir wollen die Rückkehr zur Parität“

griffe entsprechende Auswertungen über die Qualität in den einzelnen Krankenhäusern. Nur stehen die nicht den Patienten zur Verfügung. Künftig dienen sie auch der Information der Patienten und Kassen. Der Patient kann sich also schon vor einem Eingriff über die Krankenhausqualität informieren.

Wie sollen die ganzen neuen Leistungen finanziert werden?

Wir haben momentan zum Glück eine recht gute Einnahmenbasis für die gesetzlichen Krankenkassen, weil die Arbeitslosigkeit sinkt und immer mehr Leute in die gesetzliche Versicherung einzahlen. Die Kassen haben deshalb nach wie vor einen Überschuss. Die Reformen werden zwar Geld kosten, aber es ist gut eingesetztes Geld, da es direkt in die Pflege oder die hausärztliche Versorgung investiert wird. Das ist auch für die Wirtschaft wichtig, denn nur eine gesunde Belegschaft und gesunde Kinder sichern den Wohlstand langfristig. Außerdem senken wir die Kosten in einigen Bereichen. Wenn Patienten zum Beispiel vor ihren

Operationen öfter eine Zweitmeinung einholen, können überflüssige Eingriffe eingespart werden.

Die Opposition beklagt trotzdem, dass die Kosten einseitig von den Versicherten getragen werden müssen...

Derzeit sind ja gar keine zusätzlichen Kostensteigerungen zu sehen, der Beitragssatz ist bisher stabil geblieben. Im Gegenteil: Wir haben die kleine Kopfpauschale in dieser Legislatur abgeschafft, das Gespenst der Kopfpauschale ist weg.

Nichtsdestotrotz wollen wir als Sozialdemokraten langfristig die Rückkehr zur Parität und eine Einführung der Bürgerversicherung. Dafür treten wir ein.

„Bei der Bürgerversicherung kämpfen wir an der Seite der gesamten Bevölkerung“

Unsere Gesellschaft wird immer älter, und alte Patienten belasten das Gesundheitssystem mehr als junge. Sind wir darauf vorbereitet?

Wir müssen uns jetzt darauf vorbereiten. Dafür brauchen wir eine Sammlung von Maßnahmen: Mit guter Vorbeugemedizin müssen wir es schaffen, dass die Menschen länger gesund bleiben, wir brauchen weitere Investitionen in die Hausarztversorgung und die Ausbildung von Pflegekräften in der Alten- und Krankenpflege. Wenn wir diese Investitionen nicht tätigen, werden wir eine gute Versorgung der Babyboomer-Generation und deren Eltern nicht gewährleisten können.

Sie streiten seit Jahren für die Bürgerversicherung. Wird sie irgendwann kommen?

Ich bin sicher, dass sie kommt, denn über 70 Prozent der Menschen in Deutschland wollen die Bürgerversicherung. Wir Sozialdemokraten kämpfen hier an der Seite der gesamten Bevölkerung, deshalb werden wir dieses Vorhaben nicht aufgeben. ■

Mehr Infos zu allen Themen:

www.spdfraktion.de



Karl Lauterbach: „Eine gesunde Belegschaft sichert unseren Wohlstand.“

Zur Person

Als Mediziner, Universitätsprofessor und Gesundheitsökonom weiß Prof. Dr. Karl Lauterbach (52), worauf es in der Gesundheitspolitik ankommt.

Seit 2005 bringt er sein Wissen auch für die SPD-Fraktion im Bundestag ein. Zuvor war er zwischen 1999 und 2005 Mitglied im Sachverständigenrat zur Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitswesen.

Zwischen 2009 und 2013 war Karl Lauterbach gesundheitspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion. Seit Beginn dieser Legislaturperiode ist er stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion. ■

Meldungen

Integrationsbetriebe fördern

Integrationsbetriebe ermöglichen Menschen mit Behinderung die Teilhabe am Arbeitsmarkt. Rund 800 Betriebe beschäftigen bundesweit 22.500 Menschen, davon etwa 10.500 Menschen mit Behinderung. Die Koalitionsfraktionen wollen darüber hinaus weitere sozialversicherungspflichtige Beschäftigung für Menschen mit Behinderung im ersten Arbeitsmarkt schaffen. In einem gemeinsamen Antrag fordern sie die Bundesregierung auf, die Wettbewerbsfähigkeit der Integrationsprojekte zu stärken und mehr Plätze in Integrationsbetrieben aus Mitteln des Ausgleichsfonds zu schaffen. ■

Berufe einfacher anerkennen

Künftig wird es für EU-Bürger einfacher, in einem anderen Mitgliedstaat zu leben und zu arbeiten. Mit einem Gesetz soll die Feststellung von Berufsqualifikationen innerhalb der EU vereinfacht werden. Zum Beispiel soll die elektronische Übermittlung von Anträgen und Unterlagen zu schnelleren Verfahren führen. Das Gesetz setzt eine entsprechende EU-Richtlinie in nationales Recht um. ■



Gut 300 Betriebs- und Personalräte waren zur SPD-Fraktion nach Berlin gekommen.

Für eine Soziale Marktwirtschaft 4.0

Die SPD-Fraktion diskutiert mit Betriebs- und Personalräten über die Zukunft der Arbeit.

Wer Politik für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer macht, muss wissen, wo bei ihnen der Schuh drückt. Deshalb hat die SPD-Fraktion Anfang Juni schon zum 21. Mal zu ihrer Betriebs- und Personalrätekonferenz nach Berlin geladen. Gut 300 Vertreterinnen und Vertreter von Beschäftigten aus ganz Deutschland waren in den Bundestag gekommen, um mit der

SPD-Fraktion über aktuelle und künftige Herausforderungen an die Gestaltung von Arbeit und Arbeitsmarktpolitik zu diskutieren. „Die SPD-Fraktion ist kontinuierlich im Dialog mit Betriebs- und Personalräten. Wir stehen an der Seite der Beschäftigten“, sagte SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann.

Ein zentrales Thema der Konferenz war, wie die Herausforderungen, die

durch die Digitalisierung der Arbeitswelt entstehen, gemeistert werden können – Stichwort Arbeit 4.0. DGB-Bundesvorstandsmitglied Stefan Körzell forderte, die Beschäftigten mit konkreten Regelungen zu schützen. Die Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände (BDA) wolle die Digitalisierung nutzen, um Arbeitnehmerrechte zu „schleifen“. Die Versteigerung von Arbeitszeit, bei der der günstigste Bieter den Zuschlag erhält, dürfe es nicht geben.

Bessere Weiterbildung

Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles kommt es beim Thema Arbeit 4.0 darauf an, den Menschen und nicht die Technik in den Mittelpunkt zu stellen. Vor allem müssten Qualifizierungsverluste vermieden werden. Neue Technik und Beschäftigte könne man nicht einfach aufeinander prallen lassen. Deshalb müsse es auch ein neues Management für das „Training on the Job“ geben. Um den steigenden Anforderungen an Fort- und Weiterbildung gerecht zu werden, will Nahles die Bundesagentur für Arbeit zur Bundesagentur für Arbeit und Qualifizierung weiterentwickeln.

Die Betriebs- und Personalräte nutzten den Tag, um anstehende Herausforderungen zu diskutieren. Sie formulierten, an welchen Stellen sie sich konkrete Unterstützung von der SPD-Fraktion und der Bundesarbeitsministerin erhoffen. Hierbei stand die Bekämpfung des Missbrauchs von Leiharbeit und Werkverträgen im Mittelpunkt. Dies wird die SPD-Fraktion angehen. ■

Ein Betrieb – ein Tarifvertrag

Das Prinzip „Ein Betrieb, ein Tarifvertrag“ war über Jahrzehnte hinweg ein Grundsatz der erfolgreichen Sozialpartnerschaft in Deutschland.

Es gilt allerdings heute nicht mehr überall, auch weil das Bundesarbeitsgericht 2010 seine Rechtsprechung fundamental geändert hat. Seitdem konkurrieren Gewerkschaften in den Betrieben oft untereinander, und es kommt zu Tarifkollisionen.

„Von der Tarifeinheit hat das Land 60 Jahre profitiert“, sagt Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles.

Mit dem jetzt beschlossenen Tarifeinheitengesetz hat der Bundestag deshalb das Prinzip „Ein Betrieb – ein Tarifvertrag“ wiederhergestellt.

Es verhindert, dass Gewerkschaften in einem Betrieb über die Zuständigkeit für eine Beschäftigtengruppe in Konflikt geraten. Im Fall einer solchen Tarifkollision soll die Gewerkschaft, deren Mitglieder in dem Betrieb die Mehrheit stellen, den Tarifvertrag aushandeln.

„In jedem Betrieb wird für eine Beschäftigtengruppe fortan ein Tarifvertrag gelten – das ist das Prinzip, mit dem sich der Grundsatz der Tarifeinheit zusammenfassen lässt“, erklärt die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion Katja Mast.

Wichtig dabei: Das Tarifeinheitengesetz kommt nur dann zur Anwendung, wenn die Gewerkschaften sich untereinander nicht einigen können. In der Regel sollen sich konkurrierende Gewerkschaften absprechen und gemeinsam verhandeln, zum Beispiel in Form einer Tarifgemeinschaft, wie es sie schon heute in vielen Betrieben gibt. Nur wenn es zu keiner Einigung kommt, entscheiden die Gerichte nach dem Mehrheitsprinzip. Einen Eingriff ins Streikrecht bedeutet das Gesetz nicht. ■

Mehr Infos zu allen Themen:

www.spdfraktion.de

Mindestlohn wirkt



Seit sechs Monaten gilt in Deutschland ein gesetzlicher Mindestlohn von 8,50 Euro.

Dadurch haben rund 3,7 Millionen Menschen mehr auf dem Gehaltszettel. Die von den Mindestlohn-Kritikern erwarteten Jobverluste gab es nicht. Stattdessen haben wir die niedrigste Arbeitslosenquote seit 24 Jahren. Zudem ist die Zahl der Aufstocker seit Anfang des Jahres laut Bundesagentur für Arbeit um 45.000 zurückgegangen. Wenn weniger Menschen aufstocken müssen, spart das auch Steuergelder. Der Einzelhandel profitiert seit der Ein-

führung des Mindestlohns vom höheren Lohn der Menschen: Der Umsatz ist laut dem Statistischen Bundesamt im Frühjahr gestiegen wie seit fünf Jahren nicht mehr.

Auch die Taxibranche hat Entwarnung gegeben und erklärt, dass es zu keinen dramatischen Kundenrückgängen im Tagesgeschäft gekommen sei. „Sechs Monate Mindestlohn bedeuten 180 Tage arbeitsmarktpolitischen Fortschritt“, sagt Katja Mast, arbeitsmarktpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion. Umso wichtiger sei es, an einer korrekten Dokumentation und einer ordentlichen Kontrolle festzuhalten. „Nur so können wir Schwarzarbeit, Schattenwirtschaft und Dumpinglöhne verhindern und dafür sorgen, dass der Mindestlohn weiter positiv wirkt.“ ■

Mehr Infos zu allen Themen:

www.spdfraktion.de

Industrie 4.0 – Fortschritt muss den Menschen nutzen

Mit einem Positionspapier bezieht die SPD-Fraktion Stellung zum Thema Industrie 4.0 – und stellt den Menschen in den Mittelpunkt.

Das Thema Industrie 4.0 ist in aller Munde. Es bezeichnet nichts weniger als die vierte industrielle Revolution. Nach Dampfmaschine, Fließbändern und Automatisierung der Produktion folgt jetzt die digitale Vernetzung von Produktionsprozessen, Logistik und Kundenmanagement. In Zukunft werden nicht mehr nur Mensch und Maschine interagieren, sondern auch Maschinen und Produkte untereinander. Dank Digitalisierung können sich ganze Fabriken miteinander vernetzen und die Produktion und Logistik automatisch aufeinander abstimmen. Das wird nicht nur die Produktion, sondern auch unsere Arbeitswelt grundlegend verändern. Dieser Veränderungsprozess aber läuft nicht von alleine ab, er muss politisch gestaltet werden.

Weg vom Technik-Diskurs

Mit einem Positionspapier bezieht die SPD-Bundestagsfraktion jetzt ausführlich Stellung zur Industrie 4.0. Ihr Ziel: weg vom rein technischen Diskurs – und den Menschen in den Mittelpunkt der Debatte stellen.

„Wir werden dem Megathema Industrie 4.0 nur gerecht, wenn uns eine ganzheitliche Betrachtung gelingt, die sich von der momentanen, reinen Technikzentrierung löst“, sagt der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Fraktion Dirk Becker.



Die Digitalisierung wird unsere Arbeitswelt grundlegend verändern.

Denn Industrie 4.0 heißt immer auch Arbeit 4.0. „Welche Rolle den Menschen in den intelligenten Fabriken zukommt, ist noch nicht ausgemacht. Deshalb rückt die SPD-Fraktion das Thema ‚Arbeit 4.0‘ in den Fokus der Debatte“, sagt SPD-Fraktionsvize Hubertus Heil.

„Nur, wenn wir die Entwicklung richtig gestalten, entstehen sowohl für Unternehmen als auch für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zusätzliche Entwicklungschancen und rückt menschliche Arbeit noch stärker in den Mittelpunkt der digital vernetzten und intelligenten Produktionsprozesse“, heißt es dazu in dem Papier. Ein

Fokus sozialdemokratischer Industrie 4.0-Politik liegt dabei auf der Arbeitnehmermitbestimmung. Der Umgang mit arbeitnehmerbezogenen Daten, Gesundheitsbelangen sowie die Planung von organisatorischen Betriebsveränderungen sind unverzichtbare Handlungsfelder des Betriebsrates, um gutes Arbeiten in der digitalisierten Arbeitswelt zu gewährleisten.

Nur mit starker Mitbestimmung

„Nur über starke Mitbestimmungsrechte kann ein Weg von technischer Revolution zu sozialem Fortschritt gefunden werden“, sagt die zuständige Berichterstatterin der SPD-Fraktion

Meldungen

Berufliche Bildung stärken

Ob klassische duale Berufsausbildung, vollzeitschulische Einrichtung oder duale Hochschulstudiengänge – die berufliche Bildung bietet vielen Menschen eine hervorragende Qualifizierung und leistet einen wichtigen Beitrag zur Sicherung des Fachkräftebedarfs. Damit das auch zukünftig so bleibt, fordern die Fraktionen von SPD und CDU/CSU in einem Antrag mehr Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung. „Gleichwertigkeit und Durchlässigkeit müssen zur Selbstverständlichkeit werden. Notwendig sind ein ungehinderter Wechsel zwischen den Systemen und ihre barrierefreie Kombination“, sagt der zuständige Berichterstatter der SPD-Fraktion Willi Brase. ■

Gabriele Katzmarek. Schon heute ist abzusehen, dass die Digitalisierung neue Anforderungen an die Beschäftigten stellt. Damit sie mitkommen, muss die duale Ausbildung in Zukunft auch verstärkt digitale Kompetenzen vermitteln. Gleiches gilt für die Weiterbildung: „Beim Megathema Industrie 4.0 muss es uns gelingen, auch die Menschen, deren Ausbildung nicht mehr auf dem neuesten Stand ist, mitzunehmen, damit sie mit diesen technologischen Quantensprüngen Schritt halten können“, sagt Gabriele Katzmarek. ■

Weitere Infos und das komplette Positionspapier finden Sie auf www.spdfraktion.de

Die Digitalisierung gestalten



Lothar Schröder aus dem ver.di-Bundesvorstand über die Herausforderung der Digitalisierung im Dienstleistungssektor.

Über 70 Prozent der Beschäftigten verdienen ihren Lebensunterhalt mit Dienstleistungen. Viele davon erahnen die Wirkung der Digitalisierung. Manche mussten schon erfahren, wie schnell Vorhandenes in Frage gestellt werden kann und wie viele

Fragen noch offen sind. Vor fünf Jahren wäre noch kein Taxifahrer auf die Straße gegangen, weil seine Existenzgrundlage durch die Firma Uber gefährdet wird, die kein einziges Fahrzeug unterhält. Airbnb wurde erst 2008 gegründet, hat kein einziges Hotelbett und trotzdem heute einen Marktwert von 10 Mrd. Euro – halb so viel wie der Marktwert der gesamten Hilton-Gruppe mit 3.897 Hotels weltweit.

Beschäftigte in den Hotels fürchten um ihre Arbeitsplätze, Hafendarbeiter fragen nach den Auswirkungen vollstän­dig automatisierter und digitalisierter Containerhäfen. Menschen in der Logistik fragen nach den Auswirkungen selbstfah-

render Logistikfahrzeuge und einer Schwarmlogistik, die in Schweden bereits ausprobiert wird.

Die Entwicklung, in der wir uns befinden, hat fünf markante Kennzeichen. Sie ist digital, exponentiell, kombinatorisch, oft disruptiv, aber sicher auch beeinflussbar. Negative Wirkungen sind keinesfalls vorprogrammiert, die Digitalisierung eröffnet auch neue Chancen: Navigationssysteme und Universalübersetzer können den Alltag erleichtern, medizinische Diagnosen verbessert und schwere Aufgaben mit Hilfe der Robotik erleichtert werden. Laptops, Tablets und Smartphones erlauben Autonomie, selbst

darüber zu entscheiden, von wo aus wir die Arbeit erledigen. Datenanalytik kann Verkehrssteuerungen erleichtern.

Gerade weil die Digitalisierung ein gewaltiges Potenzial an Ambivalenz in sich birgt, und gerade weil in diesem Land die Mehrzahl der Menschen in Dienstleistungen beschäftigt ist, ist die Gestaltung der Dienstleistungswirtschaft die wichtigste Aufgabe, um Zukunftsfähigkeit für Viele herzustellen. Ziel muss sein, Wohlstand, Gerechtigkeit, Beschäftigung und Gute Arbeit zu schaffen, statt die Erträge der Digitalisierung resignierend den neuen Daten- und Plattformoligarchen zu überlassen. ■

Vorgestellt



Hilde Mattheis

Die sozialdemokratischen Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität bezeichnet sie als „die prägenden Leit motive ihres politischen Handelns auf allen Ebenen“, auf denen sie Verantwortung trägt. Seit 2002 trägt Hilde Mattheis (60) diese Verantwortung vor allem als Abgeordnete im Deutschen Bundestag für den Wahlkreis Ulm und innerhalb der SPD-Fraktion auf dem Feld der Gesundheitspolitik. Die Hauptschullehrerin ist Mitglied im Gesundheitsausschuss und seit 2013 gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion. ■



Matthias Miersch

Umweltpolitik ist für ihn „kein Luxus, sondern mittlere Antriebs- und Grundlage für wirtschaftliches Wachstum.“ Auch deshalb ist Matthias Miersch (46) umweltpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion. Er setzt sich dafür ein, dass die Politik Ökonomisches, Ökologisches und Soziales gleichermaßen berücksichtigt. Seit kurzem ist er zudem Sprecher der Parlamentarischen Linken in der SPD-Bundestagsfraktion. Daneben liegt dem promovierten Juristen auch die Arbeit für seinen Wahlkreis Hannover-Land II am Herzen, mit Erfolg: Seit 2005 ist er in seinem Wahlkreis stets direkt gewählt worden. ■

Koalition entlastet Familien und Alleinerziehende

Eltern können sich über Entlastungen und mehr Kindergeld freuen.

Der Einsatz der SPD-Fraktion hat sich gelohnt: Alleinerziehende und Familien mit mittleren und geringen Einkommen können sich über zusätzliche Steuerentlastungen und einen höheren Kinderzuschlag freuen.

„Gute Familienpolitik besteht aus einem Dreiklang von Verbesserungen bei Infrastruktur, Zeit und Geld“, sagt der familienpolitische Sprecher der SPD-Fraktion Sönke Rix. Auf die beschlossenen Maßnahmen zur Förderung von Kitas und zur besseren Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf folge deshalb jetzt ein Geldleistungspaket für Familien.

Der Grundfreibetrag und der steuerliche Kinderfreibetrag werden für die Jahre 2015 und 2016 angehoben. Parallel dazu erhöht sich das Kindergeld für das Jahr 2015 um 48 Euro und für das Jahr 2016 um weitere 24 Euro jährlich. Auch der Kinderzuschlag, von dem Familien mit geringem Einkommen profitieren, wird angehoben: um 20 Euro auf dann 160 Euro pro Monat.

Ein besonderes Anliegen der SPD-Fraktion war die Entlastung von Alleinerziehenden. Sie sind dringender als andere auf die zeitliche Vereinbarung von Familie und Beruf, auf eine gute



Dank SPD-Fraktion profitieren auch Alleinerziehende vom Entlastungspaket für Familien.

Infrastruktur für Betreuung und finanzielle Unterstützung angewiesen. Von einem um rund 50 Prozent angehoben steuerlichen Entlastungsbetrag profitieren sie noch einmal zusätzlich – und das bereits für das laufende Jahr 2015. Der steuerliche Freibetrag steigt von 1308 Euro auf 1908 Euro jährlich. Neu ist, dass sich der Gesamtbetrag künftig nach der Anzahl der im Haushalt lebenden Kinder richtet: Für jedes weitere Kind erhöht sich der Entlastungsbetrag um je 240 Euro. Damit wird die steuerliche Belastung von Einelternfamilien erstmals seit 2004 deutlich verbessert. „Zwei Drittel der Alleinerziehenden werden davon profitieren“, stellt der zuständige Berichterstatter der SPD-Fraktion Frank Junge klar. Die Erhöhung sei längst überfällig gewesen und für die SPD-Fraktion unverzichtbarer Bestandteil im verhandelten finanzpolitischen Gesamtleistungspaket. ■

Wohngeld steigt

Gut für Haushalte mit geringem Einkommen: Der Bundestag hat eine Erhöhung des Wohngelds beschlossen.

Damit wird das Wohngeld an die Mieten und Einkommensentwicklung angepasst. Künftig werden die Warmmieten statt der Kaltmieten berücksichtigt. Vor allem in Ballungsräumen und Universitätsstädten geraten Mieter durch steigende Mieten und Heizkosten und knapper werdenden Wohnraum unter finanziellen Druck. Von der Erhöhung profitieren rund 870.000

Haushalte, davon etwa 90.000 Haushalte, in denen so genannte Aufstocker leben. Gerade für Aufstocker sei die Miete häufig der entscheidende Kostenfaktor, sagt der kommunalpolitische Sprecher der SPD-Fraktion Bernhard Daldrup. Die geplante Erhöhung des Wohngelds ermöglicht diesen Betroffenen, aus dem ALG II-Bezug herauszukommen, und entlastet damit auch die Kommunen. ■

Mehr Infos zu allen Themen:

www.spdfraktion.de

Termine

15. Juli Gute Arbeit in der Kreativwirtschaft, 70174 Stuttgart

16. Juli Was tun gegen Homophobie?, 90403 Nürnberg

23. Juli Gute Arbeit, 21502 Geesthacht

Weitere Termine:

www.spdfraktion.de

www.facebook.com/spdbundestagsfraktion

IMPRESSUM GUTE ARBEIT

Herausgeberin: SPD-Bundestagsfraktion

Verantwortlich: Petra Ernstberger MdB, Parl. Geschäftsführerin, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Redaktionsschluss: 06. Juli 2015

Herstellung: Network Media GmbH

Redaktion: Stefan Hintermeier, Anja Linnekugel, Alexander Linden, Jasmin Hihat, Gero Fischer

Texte: Gero Fischer

Druck: Frankenpost Verlag GmbH

Diese Veröffentlichung der SPD-Bundestagsfraktion dient ausschließlich der Information.

Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

Bestellungen von „Gute Arbeit“, Zeitung der SPD-Bundestagsfraktion, und von

Informationsmaterial zur Arbeit der SPD-Bundestagsfraktion:

– **per Post:** SPD-Bundestagsfraktion, Öffentlichkeitsarbeit/Redaktion „Gute Arbeit“, 11011 Berlin

– **per Mail:** oeffentlichkeitsarbeit@spdfraktion.de

– **per Fax:** 030/22756800